

Reichsminister a. D. Dr. Reinhold

über die deutsche Wirtschaft und Reparationen. In der Ministerkonferenz der Weimarer Republik...

Das Problem des Danesplans lasse sich für in zwei große Gebiete teilen: 1. die Verflechtung Deutschlands...

Wenn nämlich der Reichsfinanzminister Dr. Brüning...

Die finanzielle Selbsthilfe der Gemeinden. In die finanzielle Selbsthilfe der Gemeinden...

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung

Innershalb der führenden Kreise der deutschen Sozialpolitik wird seit längerer Zeit eine grundsätzliche Ausprägung...

Die Sozialversicherung ist in weitgehendem Umfange von staatlichen Eingriffen und bürokratischer Verwaltung...

In der Unfallversicherung ist die volle Selbstverwaltung auszubauen und zu verfeinern...

Die Angelegenheiten der Sozialversicherung sind zur vollen Selbstverwaltung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer...

In der Unfallversicherung ist den Versicherten gleichberechtigter Einfluß zu gewähren...

Die Steuern vorher herabzusetzen und dann zuziehen, ob man mit den gleichmäßigen Einnahmen auskomme...

Dies könne auf die Dauer nur gelingen aus wirtschaftlichen Überlegungen der Volkswirtschaft...

In der Krankenversicherung ist zu fordern: das Recht der uneingeschränkten Selbstverwaltung...

Arbeitslosenversicherung ist darauf zu ergänzen, daß die beteiligten Arbeitnehmer und Unternehmer...

Das Reichsversicherungsamt wird ersucht, in einem ersten Schritte die Bestrebungen...

Es ist vorzulegen, daß in diesem Falle 24 Milliarden für die Reichsrenten ausreichen...

Transfer-Komitee bieten Transfer nicht mehr durchführen können.

Summarische Ecke. Frau Morgana, Du Papa, was ist eine Frau Morgana?



Auf jeden Fall wird vor dem Ball, die ganze Garderobe, so Unterkleid als Robe, leicht und flugs wieder wie neu im Schaumbad von...

SEIFENFLOCKEN «SUNLICHT» MANNHEIM

Das kann doch nicht stimmen - ich habe gehört, Frau Morgana soll eine leichte Vorurteilsgewalt sein...

Wagen. Alle die Wünsche der Anzeigen an einem bestimmten Orte...

Schlafstille mit 2 Betten, beheizt, frei, Gelagere 16.

Möbl. Zimmer mit 2 Betten, beheizt, frei, Gelagere 16.

Möbl. Zimmer mit 2 Betten, beheizt, frei, Gelagere 16.

Möbl. Zimmer mit 2 Betten, beheizt, frei, Gelagere 16.

Möbl. Zimmer mit 2 Betten, beheizt, frei, Gelagere 16.

Meine billigen Preise. Bari-Mandeln, süß, per Pf. 1.50. Bari-Mandeln, bitter, per Pf. 2.10.

Verlobungsanzeigen in Brief- und Kartenform in moderner geschmackvoller Ausführung.

Walther Bergmann. Große Auswahl in Lebtuchen, Weihnachtsgebäck und Baumbehang.

Handschuhe. 4 Herren u. Damen Stoff, 295 1.65 1.35.

Mandel- und Stieberteife mild und ausbleichend 3 Stk. nur 50 Pf.

Fräulein Bertha. col. als Anstiege per sofort gesucht.

Flotte Fleischerei in meiner Stadt zu verpachten.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Veranstaltet die Stadt- und Kreisbibliothek Merseburg
mit der illustrierten Beilage „Am häuslichen Herd“
der Unterhaltungs-Beilage „Garren und Herd“
des „Völkischen Beobachters“
Wochenschrift des Reichsfinanzministers
Wochenschrift des Reichsfinanzministers
Wochenschrift des Reichsfinanzministers

Donnerstag, den 8. Dezember 1927 54. Jahrgang

Das Studentenrecht vor dem Landtag

Erklärungen des Kultusministers Dr. Becker

Die deutchnationale Interpellation, die eine sofortige Aufhebung der Verordnung des preussischen Kultusministers über die Neuregelung des Studentenrechts an den preussischen Hochschulen forderte und von dem Abg. Dejege begründet wurde, löste am Mittwoch eine weitläufige Kulturelle Debatte im Reichstag aus, die nicht gerade eine betrübliche Höhe zukünftigen Niveaues zeigte.

Kultusminister Dr. Becker, dessen Ermahnungen ein nachher und nachher Becker, wurde von den Deutschnationalen fortgesetzt unterbrochen, ohne daß es ihnen insofern gelungen wäre, dem Minister zu befehlen. Die folgenden Reden von Frau Dr. Bege (Halle) und Frau Dr. Bege (Halle) gipfelten sich wiederum durch besondere Schärfe aus, so daß sich eigentlich niemand verwundern konnte, als daraufhin der Reichstag geschlossen wurde.

Interdisziplinärprofessor Laue (Halle) erklärte, er wolle sich im Interesse des Ansehens dieses hohen Hauses für eine Verurteilung des Reichstages auf das Niveau seiner Ausführungen zu stellen (Unruhe rechts). Ihm hier gelang habe, daß durch die Anwesenheit seiner Leute jeder Raum zum Zirkus werde, so wie dies hier allerdings längst zur Wirklichkeit geworden. Mit seinen eigenen Argumenten sei der Rede nicht geblieben. Man hat uns einen Widerspruch in anderer Haltung vorgekommen. Im Schlußwort hat er uns ein solches Wort gesagt, das sich auf die Überwindung der Gegensätze im Volk. Zwischen damals, wo der Wille zur Einigung im Vordergrund stand, und der Gehalte der Volksgemeinschaft, die sich im Laufe der Jahre gebildet hat, und der großdeutschen Gedanke in einem Sinne die Heiler beiderseits — zwischen damals und heute liegt ein großer Gegensatz.

Wenn ein der Tag der Vereingung kommt, dann müssen wir das Tor weit öffnen für alle Parteien. Es ist unmöglich, eine deutsche nationale Organisation nur einem Lande zu öffnen, die nationalsozialistischen und republikanischen Gruppen aber auszuschließen. In dem Studentenrat handelt es sich um ein deutsches Institut, das dem deutschen Staat, der Staat, der so sehr wichtig und angesehen ist, kann höchste Selbstbestimmungsrechte nicht an eine fremde Hand abgeben. So sprach ich die deutsche Republik hoch. (Unruhe links, Lachen.)

Kultusminister Dr. Becker: Meine Mitteilung ist, die Hochschulen aus dem politischen Streite herauszulassen. (Unruhe rechts und links.) Schon früher haben wir die Vollziehung der Studentenpflicht erlassen, so heute ist daran auch kein Zweifel. Was für Studentenpflicht, als die sozialistischen Stimmen fast angeklungen waren, ein führender Abgeordneter, der den Reichsparteien nachschickte, erklärt hat, daß man verändern müsse, daß die Studentenpflicht nach links abzuwenden. Ich werde Sie (nach rechts) nicht um die Verantwortung, die Sie mit einer solchen Haltung vor der Geschichte des akademischen Lebens übernehmen haben. (Unruhe rechts.) Nachdem die Vollziehung der Studentenpflicht, teilweise genehmigt, mußte die Staatsautorität gewahrt werden. Ich habe selbst das Studentenrecht mit ausgearbeitet und bin erhaben über den Verdacht, ein Gegner studentischer Selbstverwaltung zu sein. Aber die Verordnung zum Ausdruck bringt, ist nichts anderes, als was familiäre Regierungen seit der Revolution, auch die sozialistischen Minister, als selbstverständliche Haltung des Staates vertreten haben. Die drei zusammenschließenden Studenten können natürlich nicht mehr an öffentlichen Charakter erhalten, die werden überall, und auch bei der Beerdigung haben, die ihnen zukommt. Ich binme durchaus das wahrhaft nationale Streben, das immer die akademische Jugend durchdringt, wenn sie überlegen, daß dieses Streben für politische Ziele die Beschränkung ausmacht. (Große Unruhe und Lachen rechts.)

Die Steuererleichterungsaktion der Reichsregierung

Der vermutliche Vorschlag des Reichsfinanzministers

Berlin, 8. Dez. Die „Frankfurter Zeitung“ und der „Vorwärts“ sind bereits in der Lage, aus der Regierungserklärung über die Steuererleichterungsaktionen zu machen, obwohl die Verträge noch nicht definitiv sind und die Regierung sich vorerst mit dem Entwurf des Reichsfinanzministers, den im Falle der Befürwortung, werden die Einkommensteuern untereinander bleiben soll. Die Einkommensermäßigungen sollen herabgesetzt werden, und zwar werden für die Ehepartner in Januar 1928 statt 120 M., für das erste Kind ebenfalls 120 M., für das zweite Kind 60 M., für das dritte 40 M., für das vierte 20 M., für das fünfte und das sechste 10 M., für das siebte bis zum 10. Kind 5 M. jährlich herabgesetzt werden. Diese Erleichterungen sollen in der ersten Hälfte des Jahres 1928 in Kraft treten, wenn diese in der Summe höher sind als die ersten Abzüge.

Mit der Reform der Lohnsteuer soll auch eine Ermäßigung der veranlagten Einkommensteuer in den unteren Einkommensklassen. Der Tarif soll betragen:

für die ersten 8000 M.	9,5 Prozent
für die nächsten 8000 M.	11,5 Prozent
für die nächsten 2000 M.	15 Prozent
für die nächsten 4000 M.	16 Prozent
für die nächsten 8000 M.	20 Prozent
für die nächsten 18000 M.	25 Prozent
für die nächsten 24000 M.	30 Prozent
für die weiteren Beträge	40 Prozent

angebotenes Recht der Mitbestimmung verhängt. Die Studentenpflicht wurde damit wieder in die Verantwortung der Regierung, wie die Schüler anderer Bildungsanstalten aus, weil in der Verfassung ist nur die Verwaltung der Kontrahenten in der Vermögensverwaltung gegeben, die nicht nur, aber auch bei der Verwaltung anderer öffentlicher Einrichtungen gegen die Regierung zu schaffen. Dieses traurige Kapitel deutet auf die Notwendigkeit, wie er nicht allzu breit behandeln, es genüge wohl die Angabe, daß nicht weniger als 18 schwere Fälle zur Verurteilung kamen.

Bei einer Einschränkung der akademischen Freiheit und der Behandlung des großdeutschen Gedankens keine Rede sein. Die Regierung (siehe nach wie vor auf dem Boden des großdeutschen Gedankens.)

Die „Deutsche Studentenpflicht“ ist ein logisches, höchst großzügig und nicht gegen die großdeutschen Gedanken.

Wenn heute z. B. der Ansehensbereich in Deutschland Wirklichkeit würde, müßte sie ihre Grundbedingungen abgeben. Die Idee der Einigkeit der akademischen Jugend ist durch den Spalt des Antimilitarismus gesprengt worden. Die Einzelstudenten hätten als Organe öffentlich-rechtlicher Körperschaften die Pflicht auf den Staat und seine Befreiung nehmen müssen.

Mag. Bohner (Dem.): Jählich sei es, von einer Majorität gegen den Minister zu reden. Die Einigkeit hätte bei der Abstimmung die Partei der Minderheit gegeben, jene 25, teilweise 40 Prozent Studenten, die genug hatten von jeder Studentenpflicht überhaupt und nicht machen gegangen sind. (Zustimmung.) Der Redner legt im einzelnen dar, daß die Studentenselbstverwaltung sich als allerhöchste erweisen habe.

Das Haus verlegt sich kurz nach 17 Uhr auf Montag, den 12. Dezember, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beschlusseinführung und die Kommunalverwaltungsreform.

Anrufung des Schlichters im Eisenindustrie-Konflikt

Die Tarifverhandlungen gescheitert.

Eisen, 8. Dez. Gestern gab sich die Weiterverhandlungen zwischen der Eisenindustrie und den drei Gewerkschaften. Die Gewerkschaften trugen erneut ihre bisherigen Forderungen vor, von denen die ersten drei in den Umständen abgehen wollen. Eine einheitliche Forderung ist von den Gewerkschaften nicht gestellt worden; jede einzelne vertritt ihren Standpunkt. Daraufhin trugen die Unternehmer ihre Ansicht vor. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Verhandlungen sind infolgedessen ergebnislos geblieben.

Für das große Mitteldeutschland

Merseburg, 8. Dezember.

Es wird als ein bleibendes Verdienst des Provinziallandtags der Provinz Sachsen zu gelten haben, daß er die Frage der Befestigung der inneren staatlichen Grenzen im mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet über die Verträge in der Presse hinaus in der Rahmen einer breiteren öffentlichen Diskussion gestellt hat und durch den Antrag an die Provinzialverwaltung gemäß dem Wunsch der Landesregierung, das Material für die Vorbereitung der Neuregelung der staatlichen Grenzen in Mitteldeutschland zu sammeln, diesen Bestrebungen eine realpolitische Grundlage gegeben hat.

Durch die Reden des Landesparlamentärs in Magdeburg und Halle ist nun die mitteldeutsche Frage in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten und die Erörterungen in Presse und Wirtschaftsorganisationen haben auf allen Seiten eingesetzt.

Zwei Tatsachen ergeben sich aus den bisherigen Auseinandersetzungen, eine erfreuliche und eine betrübliche.

1. Die Notwendigkeit einer Neuregelung der innerstaatlichen Grenzverhältnisse in Mitteldeutschland scheint in allen beteiligten Staaten erkannt zu sein. Die großen Mängel der bestehenden Ordnung sind zu ersehen, daß man zu positiven Opfern an Staatspolitischen Rechten auf allen Seiten bereit zu sein scheint.

2. Die Vorstellungen über die Neugestaltung der mitteldeutschen Grenzverhältnisse sind weit auseinander, daß vornehmlich hinsichtlich auf eine höhere grundsätzliche Lösung der mitteldeutschen Frage aus der Initiative der Beteiligten heraus, d. h. also nicht im Rahmen der notwendigen Abmilderung des Reiches zu einem einheitlichen Staatsgebilde, nicht besteht.

Nicht weniger als hier Wohlwolligkeit für die Neugestaltung Mitteldeutschlands bis bisher in die Debatte gekommen:

1. Einigkeit der Länder Thüringen, Anhalt und Schaumburg in der Richtung des preussischen Staates (Sinnlich des Provinziallandtags der Provinz Sachsen).

2. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

3. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

4. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

5. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

6. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

7. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

8. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

9. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.

10. Schaffung einer selbständigen Provinz Thüringen im preussischen Staatsverband unter Aufhebung der Kreise Schleifungen, Schmalfeld und Hainroth und der westlichen Teile des Regierungsbezirks Erfurt.